



ULRICH BRINKMANN,
MAREN HASSAN-BEIK,
LUKAS ZAPPINO
SOLIDARITÄT UND SKEPSIS
FLUCHT, MIGRATION, ARBEITS-
WELTLICHE UMBRÜCHE UND
POLITISCHE ENTWURZELUNG

VSA Verlag,
Hamburg 2020

ISBN 978-3-96 488-016-1
176 Seiten, 16,80 €

Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist ein kontrovers diskutiertes Thema. Mit der vorliegenden Publikation haben Ulrich Brinkmann, Maren Hassan-Beik und Lukas Zappino den Versuch unternommen, den Zusammenhängen „zwischen Krisen, Arbeitswelt und (rechten) Einstellungsmustern nachzuspüren und die Rolle der Gewerkschaften als (arbeits-)politische Akteure in diesem Konfliktfeld zu beleuchten“ (S. 162). Die Autor*innen verfolgen hierbei jenen (eher weniger beachteten) Forschungsstrang zum Rechtspopulismus, der auf die Bedeutung arbeitsweltlicher Problemlagen verweist. Der Fokus liegt auf der Gruppe ehrenamtlicher Funktionsträger*innen als Bindeglieder zwischen den Mitgliedern und hauptamtlichen Gewerkschafter*innen (S. 14). Dieses Vorgehen ermöglicht es, Aussagen zu treffen über eine bis dato nicht explizit untersuchte Gruppe, die jedoch für die gewerkschaftliche Verankerung in den Betrieben von großer Bedeutung ist. Befragt wurden hierfür aus dem Organisationsbereich der IG Metall Bezirk Mitte 20 Personen (65 % männlich) in Einzelinterviews. Parallel dazu wurde eine standardisierte Befragung mit 255 Personen (84,5 % männlich) durchgeführt. Von diesen sind wiederum 62 % fest angestellt und 31,4 % befinden sich in der Ausbildung. Es handelt sich also nicht um eine Studie über den Zusammenhang von Prekarität und Rechtspopulismus.

Die Studie ist in direkter Zusammenarbeit mit dem IG Metall Bezirk Mitte entstanden und kann somit jener „Gewerkschaftsforschung als öffentlicher Soziologie“ (Klaus Dörre) zugerechnet werden, der es explizit um die Erschließung gewerkschaftsbezogener Erkenntnisse geht. Dies mit dem Ziel, Letztere in der gewerkschaftlichen und politischen Öffentlichkeit wiederum diskutierbar zu machen.

Im ersten Teil der Studie werden vorrangig kapitalismusbezogene Erklärungen für den Aufstieg des Rechtspopulismus referiert. Standortnationalismus und die Ethnisierung des Sozialen werden begriffen als Formen der „Einebnung des klassenmäßigen Konfliktpotenzials, der verschärften Ausbeutung nach innen sowie der Stabilisierung bourgeoiser Hegemonie“ (S. 54). Mit Blick auf die Beschäftigten betonen die Autor*innen den Wunsch nach „Anschluss an Insidergruppen“ (S. 55), worauf die „Bedürfnisse nach stabiler Selbstverortung, nach Gemeinschaft und Sicherheit“ (ebd.) verwiesen.

Auf anschauliche Weise werden im zweiten Teil die Ergebnisse der umfangreichen empirischen Untersuchung dargestellt. Arbeitsweltliche Problemlagen werden hierbei vorrangig als Folge der marktzentrierten Formen der Unternehmenssteuerung beschrieben. Neben dem Leistungsdiktat und steigender Arbeitsverdichtung würden Konkurrenzverhältnisse verstärkt auf die Ebene der Beschäftigten verlagert werden. Die Erosion von Solidarität sei vielfach das Ergebnis (S. 87ff.). Es wird überdies ermittelt, dass vor allem der Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen von den Beschäftigten als solidaritätszersetzend angesehen wird (S. 140). Insbesondere die Einzelinter-

views zeigen hierbei auch den Zusammenhang von Kritik an arbeitsweltlichen Zuständen und der Unzufriedenheit mit der etablierten Politik auf (S. 104f.). Zwar bestehe der quantitativen Erhebung zufolge noch eine Verankerung in der Sozialdemokratie, jedoch stehe diese auf „tönenen Füßen“ (S. 112). Die fehlende Thematisierung sozialer Belange führe bei einem nicht unerheblichen Teil der Befragten zu abwertenden Haltungen gegenüber Geflüchteten, die als Konkurrenz um Aufmerksamkeit und soziale Zuwendungen imaginiert würden (S. 125ff.). Ebenso trete jedoch in Formen von „abstrakten Ängsten“ (S. 120) vor einer „Gefährdung der Kultur“ (ebd.) ein antimuslimisch geprägter Rassismus hervor. Mit Blick auf ihre Ergebnisse bezeichnen die Autor*innen arbeitsweltliche Problemlagen als „zentralen Rahmen“ (S. 166) für die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen, verweigern sich jedoch zugleich einseitigen Erklärungsansprüchen.

Aus alledem leitet sich für die Autor*innen eine große Verantwortung für die Gewerkschaften ab. Die Erfahrung postdemokratischer Zustände in der Arbeitswelt (S. 163) mindert der Erhebung zufolge nämlich nicht die Konflikt- und Streikbereitschaft der Befragten, weshalb die Autor*innen keine Politikverdrossenheit feststellen, sondern die Abwendung von einer „konkreten marktformen Politik“ (S. 143). Hier zeige sich die Bedeutung der Gewerkschaften, dank derer noch die reale Erfahrung von Solidarität und Mitbestimmung in der Arbeitswelt erlebbar sei (S. 147). Wichtige Strategien gegen Rechts werden von den Beschäftigten selbst auch in der Bildungsarbeit gesehen sowie in der Wahrnehmbarkeit gewerkschaftlicher Positionen in der öffentlichen Debatte (S. 148ff.). Die Autor*innen selbst kommen zu eindeutigen und kämpferischen Schlussfolgerungen. Gewerkschaften fungieren somit dann als identitätstiftende Organisationen, wenn sie es schaffen, als durchsetzungsfähige Organisationen gegenüber der Kapitaleseite aufzutreten bei „explizite[r] Betonung der Klassenthematik“ (S. 147). Dies zeigt die Relevanz der Erfahrung kollektiver Handlungsmacht in einer Auseinandersetzung mit der Arbeitgeberseite. Ebenso wird deutlich, dass Gewerkschaften in der Erwartung ihrer ehrenamtlichen Funktionsträger*innen mehr sind als nur reine Dienstleistungsorganisationen, sondern „politische [...] Hoffnungsträger“ (S. 143) mit identitätstiftenden Angeboten.

Insgesamt arbeitet die Studie von Brinkmann et al. die Bedeutung arbeitsweltlicher Problemlagen für den Aufstieg des Rechtspopulismus eindrucksvoll heraus. Vor allem gelingt den Autor*innen das Kunststück, eine inhaltliche und methodisch anspruchsvolle sowie an empirischem Material reiche Forschungsarbeit zu präsentieren, die zugleich unmittelbare Relevanz für die gewerkschaftliche Praxis hat – dank ihres Fokus auf die Gewerkschaften und der Herausarbeitung gewerkschaftlicher Ansatzpunkte zum Umgang mit der Problematik des Rechtspopulismus. Somit stellt das Werk auch für aktive Gewerkschafter*innen eine überaus gewinnbringende Lektüre dar. ■

BESPROCHEN VON

Philippe Haller, Darmstadt,
Masterstudent der Soziologie
und Studienstipendiat der
Hans-Böckler-Stiftung.

DOI: 10.5771/0342-300X-2021-3-253



KLAUS DÖRRE

IN DER WARTESCHLANGE
ARBEITER*INNEN
UND DIE RADIKALE RECHTE

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2020

ISBN 978-3-89691-048-6
356 Seiten, 30,00 €

Arbeiter und Arbeiterinnen vor allem aus industriellen Krisenregionen wählen verstärkt rechte Politiker und Parteien. In den USA zeigte sich das mit der Präsidentschaft von Donald Trump, in Europa bei der Brexit-Abstimmung und den Erfolgen des französischen Rassemblement National, in Deutschland beim Aufstieg der AfD. Klaus Dörre, Professor für Soziologie an der Universität Jena, fragt in seinem Buch „In der Warteschlange“ nach den Ursachen, über die in den Sozialwissenschaften kontrovers diskutiert wird. Der Band, der neben Originaltexten auch bereits veröffentlichte Beiträge aus Fachzeitschriften in leicht überarbeiteter Form enthält, präsentiert Forschungsbefunde aus vier Jahrzehnten. Der Wissenschaftler möchte „gegen luftige Konstruktionen“, wie es in der Verlagsankündigung heißt, empirische Fakten setzen. Mit der Zusammenstellung, so weiter, werde eine „rechte Tiefengeschichte“ erzählt, „die sich im Zeitverlauf radikalisiert“.

In der Einleitung berichtet Dörre von irritierenden Erfahrungen, die er schon Ende der 1980er Jahre bei Lehrgängen im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel bei Bochum machte. Gewerkschaftliche Jugendvertreter, die sich tagsüber an der Politischen Ökonomie von Karl Marx abgearbeitet hatten, gaben beim abendlichen Bier offen zu, die damals in der alten Bundesrepublik aufkommende Partei „Die Republikaner“, eine Art Vorläuferin der heutigen AfD, gewählt zu haben: „Gerechtigkeitsvorstellungen adressierten sie vornehmlich an einen nationalen Wohlfahrtsstaat, der diese Ansprüche jedoch immer weniger gewährleisten konnte“ (S. 19).

Dörre diagnostiziert die „Sehnsucht nach einem goldenen Zeitalter, als die Arbeiterschaft noch respektiert wurde und die ihr Angehörigen noch Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg hatten“ (ebd.). Von dieser Beobachtung ausgehend zieht er eine lange Entwicklungslinie hin zum inzwischen auch parlamentarisch etablierten Rechtspopulismus. Diese reicht vom Frust der Ostdeutschen in der Nachwendzeit über die wachsende Globalisierung und Prekarisierung von Arbeit in den Nullerjahren bis zu den sozialen Folgen der Finanzkrise und den Ressentiments gegen Geflüchtete nach 2015.

Den Begriff „Tiefengeschichte“ hat Klaus Dörre von Arlie Russell Hochschild übernommen. Die kalifornische Soziologin veröffentlichte noch vor Trumps Wahlsieg 2016 die Ergebnisse intensiver Feldforschungen in Louisiana, einer Hochburg der Tea Party-Bewegung. Ihre Studie „Fremd in ihrem Land – Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten“ wurde erst verspätet ins Deutsche übersetzt. Hochschild berichtet eindrucksvoll über das widersprüchliche Denken der von ihr Befragten in der Kleinstadt Lake Charles. Weder die Überflutung von New Orleans nach dem Hurrikan Katrina noch die Verseuchung des Golfs von Mexiko durch die in der Region omniprésente petrochemische Industrie ließ ihre Interviewpartner*innen an ihrem festgefügtten Weltbild zweifeln. Trotz der höchsten Luftverschmutzungswerte von

ganz Nordamerika leugneten sie die menschengemachte Klimakrise, sprachen hasserfüllt und rassistisch über den damaligen Präsidenten Barack Obama.

Dörre schildert in seinem als Zeitachse angelegten Buch, wie der schleichende Mentalitätswandel im US-amerikanischen Arbeitermilieu mit Verzögerung auch hierzulande spürbarer wurde. Die Gefühlslage der De-klassierten beschreibt er mit dem Bild der Warteschlange: Die in dieser Reihe Anstehenden haben den Eindruck, dass ihre Mühen vergeblich sind, dass sie sich sinnlos abrackern. Nach ihrer Wahrnehmung kommen sie nicht vorwärts, weil sich andere, etwa zugewanderte Minderheiten, angeblich illegitim vordrängeln, ohne etwas Wesentliches geleistet zu haben.

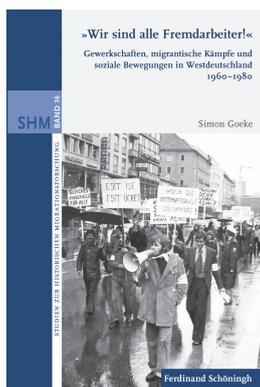
Bei der Bundestagswahl 2017 bildeten neben den Pegida-Hochburgen im Osten auch alte westdeutsche Industrieviere einen Schwerpunkt rechter Kampagnen. In Essen zum Beispiel sorgte der von der SPD zur AfD übergelaufene Kandidat Guido Reil für Aufsehen. Als langjähriger Kommunalpolitiker hatte er sich (nicht ganz zu Unrecht) darüber aufgeregt, dass die Verwaltung fast alle Geflüchteten im verarmten Norden der Stadt unterbrachte – und so Spannungen zwischen alten und neuen Bewohner*innen provozierte. Der frühere Ruhrkohle-Bergmann und gewerkschaftliche Interessenvertreter gründete zudem die AVA, die „Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer“. Listen mit ähnlicher politischer Ausrichtung wie das Zentrum Automobil kandidierten später in Großbetrieben wie Daimler-Benz für den Betriebsrat – bislang allerdings nur mit mäßigem Erfolg.

Rechtsextremismus, so lautet die zentrale These von Dörre, besitze „eine Arbeiterbasis“. Zwar finde „völkischer Nationalismus“ und das Verteidigen der deutschen „Wohlstandsinsel“ in „allen Bevölkerungsgruppen Gehör“ (S. 246). Er verweist auf Detailanalysen, denen zufolge Akademiker*innen unter den AfD-Wählenden unterrepräsentiert sind, Menschen mit Hauptschulabschluss dagegen überwiegen: Sympathien für rechten Populismus gebe es auch und gerade im organisierten Kern der Industriearbeiterschaft (ebd.).

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften tun sich schwer mit dem Thema. Man wolle, so heißt es unter Funktionären hinter vorgehaltener Hand, das brisante Phänomen nicht unnötig aufwerten. So besehen legt der Jenaer Soziologe mit seinem Klartext sprechenden Forschungsband den Finger in eine offene Wunde. Zwar wähle die große Mehrheit der Industrie- und Produktionsarbeiter nach wie vor demokratisch. Doch erhebliche Teile gerade der männlichen Arbeiter fühlten sich von den sie traditionell vertretenden Parteien im Stich gelassen. Es wachse die Sympathie für rechtes Gedankengut, weil Klassenkategorien wissenschaftlich wie politisch aus der Mode gekommen seien. Eine „demobilisierte“ Gesellschaft, wie sie Dörre im Klappentext nennt, bilde, so dort weiter, den „Nährboden, den die radikale Rechte für eine Umdefinition sozioökonomischer und kultureller Spannungen nutzt“. ■

BESPROCHEN VON

Thomas Gesterkamp, Dr., ist Politikwissenschaftler sowie freier Journalist und Buchautor.
www.thomasgesterkamp.com



SIMON GOEKE

„WIR SIND ALLE
FREMDARBEITER“
GEWERKSCHAFTEN,
MIGRANTISCHE KÄMPFE
UND SOZIALE BEWEGUNGEN
IN WESTDEUTSCHLAND
1960–1980

Verlag Ferdinand Schöningh,
Paderborn 2020

ISBN 978-3-506-70295-1
386 Seiten, 59,00 €

Migrantische Arbeiter*innen sowie deren Kämpfe und Einfluss auf die Gewerkschaftslandschaft in Deutschland sind ein brandaktuelles Thema. Simon Goeke's historische Aufarbeitung der (Arbeits)kämpfe von Migrant*innen in Westdeutschland und ihr Aufeinandertreffen mit der institutionellen Arbeiter*innenbewegung einerseits und der 68er-Bewegung Deutschlands andererseits gibt spannende Einblicke in eine Geschichte, die bis heute relevant ist. Die ursprünglich 2016 als Dissertation eingereichte Arbeit fokussiert auf die 1960er und 1970er Jahre und umfasst drei Hauptteile: Erstens betriebliche Streiks und Arbeitskämpfe von (in der damaligen Terminologie) „Gastarbeiter*innen“; zweitens Positionen, Diskussionen und Anwerbungsinitiativen der deutschen Gewerkschaften gegenüber Migrant*innen und drittens die Student*innenbewegung der 68er Jahre und ihre Verwobenheit mit migrantischen Mobilisierungen. Auf knapp 360 Seiten werden die Leser*innen durch die Darstellung unterschiedlicher Kämpfe von Migrant*innen geführt und erfahren viele bislang weitgehend unbekanntere Geschichten. Damit bereichert Simon Goeke's Buch die historische Betrachtung der Migrationsbewegungen um neue Perspektiven.

Der Autor betont, dass die Geschichte migrantischer Arbeiter*innen eine Geschichte der Kämpfe ist: „Im Gegensatz zum Vorhaben der Unternehmer, Migrantinnen und Migranten zum Durchbrechen der Streikfront zu nutzen, wurde allseits festgestellt, wie solidarisch und aktiv die ausländischen Beschäftigten sich am Streik beteiligten“ (S. 60).

Erfreulich ist, dass Goeke Arbeitskämpfe von Migrantinnen ausdrücklich hervorhebt. Die Arbeitskämpfe in der Verglasungsfabrik Pierburg in Neuss zwischen 1969 und 1973 finden besondere Aufmerksamkeit. Denn nicht nur hatten ausländische Arbeiterinnen dabei eine trage Rolle inne, die Kämpfe und deren Ausgänge waren auch richtungweisend für die gesamte Branche. Die Arbeiterinnen waren im Mai 1970 die ersten Frauen der Bundesrepublik, die sich erfolgreich gegen die Leichtlohngruppe wehrten. Nach dem Streik verschwand die Leichtlohngruppe 2 allmählich aus den Tarifverträgen (vgl. S. 111). Somit waren Migrantinnen Pionierinnen und Kämpferinnen – anders als das damals gängige Klischee der migrantischen Frau, die sich traditionellen Rollenmustern unterwerfe. Auch wenn viele andere (wilde) Streiks von Migrant*innen in dieser Zeit in unmittelbaren Niederlagen endeten, zeigt Goeke auf, dass sie trotzdem nicht ohne Auswirkungen blieben. So steht „außer Frage“, dass „insbesondere die Arbeitskämpfe der Migrantinnen und Migranten bei Pierburg und Ford erstmals das System der fordistischen Automobilindustrie ernsthaft herausforderte“ (S. 123). Zusätzlich waren es auch diese Arbeitskämpfe, die bei den deutschen Gewerkschaften dazu führten, die Anwerbung ihrer ausländischen Kolleg*innen ernster zu verfolgen.

Die hiesigen Gewerkschaften verhielten sich bis dato oftmals ambivalent. Simon Goeke zeigt auf, dass Gewerk-

schaften während der Streiks von Migrant*innen oftmals unsolidarisch und desinteressiert waren. Auch sahen Gewerkschaften – nach dem Ende der Vollbeschäftigung – die Arbeitsverhältnisse von Migrant*innen als willkommenen Konjunkturpuffer und begrüßten sogar die Entlassung ausländischer Beschäftigter (S. 88). Allerdings erzählt Goeke auch, wie migrantische Forderungen allmählich zur Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und in die Strukturen der Interessenvertretungen vordringen konnten: Einerseits wurden die Anliegen migrantischer Arbeiter*innen von Pionier*innen an die Gewerkschaften herangetragen, andererseits lag es auch an der steigenden Zahl ausländischer Gewerkschaftsmitglieder (S. 133). Somit traten Gewerkschaften schlussendlich für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Migrant*innen ein. Gleichzeitig forderten sie Anfang der 1970er Jahre allerdings den Anwerbestopp und schlossen sich der Politik der Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes an. Diese „migrationspolitische Gratwanderung“ (S. 245) begleitete und prägte die deutsche Arbeiter*innenbewegung bis in die 1990er Jahre. Der Autor betont allerdings auch, dass Gewerkschaften „ehrliche Bündnispartner“ (S. 356) beim Kampf gegen fremdenfeindliche Tendenzen im Betrieb und der Gesellschaft waren.

In dem dritten Teil seines Buches geht Simon Goeke auf migrantische Kämpfe außerhalb des Arbeitsplatzes ein und wie diese mit der 68er Bewegung verwoben waren. Dabei war exilpolitischer Aktivismus oft der erste Kontaktpunkt zwischen der Student*innenbewegung und Migrant*innen. Die „neue deutsche Linke“ begann sich in den 1970er Jahren vermehrt für migrantische Kämpfe zu interessieren. So entstanden die Bewegung um den Häuserkampf in Frankfurt oder die Proteste gegen die diskriminierende Vergabe des Kindergeldes. Goeke analysiert diese gemeinsamen Mobilisierungen allerdings auch kritisch und wirft der deutschen Linken der damaligen Zeit einen paternalistischen Zugang zu den migrantischen Kämpfen vor. Auch hier ist seine Bilanz ambivalent: „Dennoch müssen die in jener Zeit von Zugewanderten und Deutschen in gemeinsamen Kämpfen gemachten Erfahrungen [...] als wichtiger Ausgangspunkt späterer anti-rassistischer politischer Praxis gesehen werden“ (S. 352).

Goeke's Arbeit ist ausgezeichnet recherchiert und bietet eine umfassende historische Betrachtung migrantischer Kämpfe und wie diese die westdeutsche Gesellschaft geprägt haben. Es ist ihm gelungen, Migrant*innen als Subjekte ins Zentrum seiner Erzählungen zu stellen und somit gängige Klischees über ausländische Beschäftigte zu widerlegen. Schade ist, dass er wenig Ausblicke auf die folgenden Jahre nach 1980 gibt. Trotzdem ist die Lektüre des Buchs nur zu empfehlen. Auch der klare und gut strukturierte Aufbau trägt zum Lesegenuss bei. Simon Goeke's Buch hat das Potenzial, ein Standardwerk für die historische Migrationsforschung in Deutschland zu werden. ■

BESPROCHEN VON

Neva Löw, Mag.a/MA, ist
Doktorandin an der Universität
Kassel mit den Forschungs-
schwerpunkten kritische Euro-
paforschung, Gewerkschafts-
forschung, Arbeitsmarktpolitik
und Migrationspolitik.

Schwerpunktheft 2021

- **1|2021** Ökonomisches und soziales Upgrading in globalen Wertschöpfungsketten
- **3|2021** Wohin des Weges? Neue Mobilität als eine Agenda des Wandels
- **5|2021** Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats

Schwerpunktheft 2020

- **1|2020** Arbeitsintensivierung. Ein Merkmal der modernen Arbeitswelt?
- **3|2020** Ungleichheit im Dienstleistungssektor
- **5|2020** Solidarität – national, europäisch, global

Das Abonnement

Jahresabonnement 2021*

Einzelabonnement Inland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatzzugang)	94,80€
Einzelabonnement Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatzzugang)	99,60€
Studentenabonnement In- und Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatznutzung)	49,80€
Institutionsabonnement In- und Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Onlinezugang über IP-Adresse für einen Standort)	164,00€

Miniabonnement**

3 Ausgaben der WSI-Mitteilungen im Miniabonnement Print, inkl. Vertriebskostenanteil	24,00€
--	--------

- * Kündigungsfrist: drei Monate zum Kalenderjahresende
 Preise inkl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil (Inland 27,00€ + Direktbestellungsgebühr 2,15€) 29,15€
 (Ausland 45,00€ + Direktbestellungsgebühr 2,15€) 47,15€

** Ich erhalte die Zeitschrift im regulären Abonnement, wenn ich nicht 1 Woche nach Erhalt des letzten Miniabo-Heftes abbestelle.

Die Bestellung

- Ja, ich bestelle ein Abonnement der WSI-Mitteilungen als **Einzelabonnement Inland**
- Ja, ich bestelle ein Abonnement der WSI-Mitteilungen als **Einzelabonnement Ausland**
- Ja, ich bestelle ein **Studentenabonnement** der WSI-Mitteilungen
- Ja, ich bestelle ein **Institutionsabonnement** der WSI-Mitteilungen
- Ja, ich teste die WSI-Mitteilungen im **Miniabonnement**
 Ich erhalte dazu drei Ausgaben der WSI-Mitteilungen in Print.
 Wenn ich innerhalb von 7 Tagen nach Erhalt der 2. Ausgabe keine gegenteilige Mitteilung mache, möchte ich die WSI-Mitteilungen regelmäßig beziehen.
- Ja, ich bestelle oben angekreuzte **Schwerpunktheft**

	Firma Institution
	Name Vorname
	Straße Nr.
	PLZ Ort
	Telefon Fax
	E-Mail
	Datum Unterschrift

Der Adressat

Infotelefon: (0 72 21) 21 04-39
Bestell-Fax: (0 72 21) 21 04-11 39
E-Mail: abo@nomos.de
Online Bestellmöglichkeit:
www.nomos-shop.de/30294

Postadresse:
 Nomos Verlagsgesellschaft
 mbH & Co. KG
 Zeitschriftenvertrieb
 Waldseestraße 3–5
 76530 Baden-Baden

Ihre Vertrauensgarantie: Sie haben das Recht, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen bei der nebenstehenden Bestelladresse schriftlich zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.